

EIDGENOESSISCHES POLITISCHES DEPARTEMENT

p.B.15.21.Can.(3) - TR/mt

Bern, 31. Januar 1979

VERTRAULICH

Besuch von Herrn K. Goldschlag, Vize-Unterstaatssekretär im Kanadischen Aussenministerium, in Bern am Dienstag, den 5. Dezember 1978.

1. Ost - West Beziehungen und die KSZE

Der Entspannungsprozess sei auch nach Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte und entgegen den Behauptungen von osteuropäischen Ländern nicht irreversibel geworden, erklärte Herr Goldschlag. Die gegenwärtigen Spannungen zwischen den Supermächten (Schwierigkeiten in den SALT-Verhandlungen, die sowjetisch-kubanischen Abenteuer in Afrika, die amerikanische Menschenrechtspolitik) erschweren es diesen, gegenseitig "Signale" zu erkennen und richtig zu interpretieren. Das Belgrader KSZE-Treffen war ein nützlicher Meinungs-austausch mit nur geringen Auswirkungen auf den Entspannungsprozess. Die "détente" d.h. Verminderung von Spannungen, fuhr Herr Goldschlag fort, könne nur das Resultat und nicht den Inhalt einer Politik sein, deren Grundregeln übrigens von beiden Seiten verschiedentlich ausgelegt würden. Die NATO-Staaten tolerieren jedenfalls keine geographische Einschränkung und bestehen auf die Menschenrechtskomponente. Die militärische Aufrüstung der Sowjetunion, gemessen an ihren weltweiten strategischen Bedürfnissen und der Notwendigkeit die Satellitenstaaten in Schach zu halten, erscheine nicht allzu besorgniserregend.

Auch Herr Hegner sagte, der Entspannungsprozess sei nicht automatisch und unumkehrbar. Die KSZE-Schlussakte sei nicht das letzte Wort in Sachen "détente". Deshalb müsse aufgehört werden zu erklären, man solle nicht über die Schlussakte hinausgehen. 1975 war die öffentliche Meinung in der Schweiz der KSZE gegenüber skeptisch eingestellt. Erst vor dem Belgrader Nachfolgetreffen und teilweise als Folge der Menschenrechtspolitik von Präsident Carter zeigte sich in der Schweiz



- 2 -

plötzlich ein Interesse und zwar vor allem für den Dritten Korb. Seit-her seien wir seitens des Parlaments starkem Druck ausgesetzt, es den Amerikanern gleich zu tun. Das Politische Departement bleibe indessen überzeugt, dass ein differenziertes und pragmatisches Vorgehen sowie eine "stille" Diplomatie die Durchsetzung der Menschenrechte besser fördere.

Der relative Misserfolg des Belgradertreffens, meinte Herr Hegner weiter, beruhe wesentlich auf grundlegende Meinungsverschiedenheiten über die Bedeutung der Schlussakte; die Oststaaten setzten die Anerkennung von bestehenden Grenzen in Europa mit der Anerkennung ihres Regimes gleich; die westlichen Länder erwarteten, dass die Aufzählung der Menschenrechte kurzfristig auch zu deren besseren Berücksichtigung führen würde, während einzelne N+N im Kapitel über vertrauensbildende Massnahmen bereits den Ansatz für eine multilaterale Garantie ihrer Unabhängigkeit erblickten. Seit Belgrad lassen Anzeichen darauf schliessen, dass die osteuropäischen Staaten den bilateralen Dialog der multilateralen Diskussion vorziehen. Dieses Unbehagen über die Multilateralisation des europäischen Gesprächs lässt sich jedoch auch bei wichtigen westeuropäischen Staaten feststellen.

Herr Brunner fügte bei, die KSZE habe nicht nur einen multilateralen "Ost - West", sondern unerwarteterweise auch einen der Sowjetunion nicht sehr genehmen "Ost - Ost" Dialog ausgelöst.

Herr Goldschlag erklärte, noch nicht zu einem definitiven Schluss betreffend die Frage von Herr Hegner gekommen zu sein, obschon es natürlich den Interessen der Supermächte entspreche, die Geschäfte bilateral zu erledigen; in einem multilateralen Forum werde ihre Macht relativiert. Seine Verhandlungserfahrung mit Osteuropa habe ihm eine aussenpolitisch sehr konservative und phantasielose Sowjetunion gezeigt; währenddem besonders Ungarn sich um eine intelligente und subtile Argumentation bemühe. Die Tschechoslowakei ringe immer noch um ihre "Legitimierung" und sei bereit dafür "jeden Preis" zu zahlen. Eigentliche bilaterale Probleme beständen lediglich mit der Sowjetunion und Rumänien.

Herr Hegner skizzierte kurz unsere Erfahrungen mit dieser Ländergruppe.

Zum nächsten KSZE-Nachfolgetreffen in Madrid übergehend, erinnerte Herr Goldschlag daran, dass 1980 in den USA Präsidentschaftswahlen durchgeführt werden; die Menschenrechtsfragen dürften dabei eine prominente Rolle spielen. Trotzdem sollten die eingebrachten Vorschläge in Madrid alle KSZE Körbe gleichmässig betreffen und zahlenmässig auf ein vernünftiges Mass gehalten werden. Um das öffentliche Vertrauen in die KSZE aufrecht zu erhalten schein es wichtig, in Madrid nicht nur auf die Rückschläge sondern ebenso auf die erzielten Fortschritte hinzuweisen. Eine zeitliche Limitierung des Treffens wäre nach Herr Goldschlag nützlich, eine Vertretung auf Ministerebene hingegen eher riskant.

Nach Herr Brunner komme der Kontinuität des KSZE-Prozesses vorrangige Bedeutung zu; ohne weitere Nachfolgetreffen wie Belgrad und Madrid würde die Schlussakte verschwinden.

2. Nuklearfragen

Herr von Arx hatte kurz Gelegenheit die schweizerische Haltung darzulegen: er versicherte den Gast unserer positiven Einstellung zu den Arbeiten des INFCE (International Nuclear Fuel Cycle Evaluation) bekräftigte, dass wir weiterhin den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen als Grundlage der Nicht-Proliferationsbemühungen betrachten, bedauerte zugleich den diskriminatorischen Charakter dieses Vertragswerks und gab der Hoffnung Ausdruck, dass die Forschung für die friedliche Nutzung von Kernenergie nicht durch neue Massnahmen beeinträchtigt werde. Abschliessend streifte er kurz die spezifisch bilateralen Probleme in diesem Bereich.

Herr Goldschlag wies auf die Schockwirkung der 1975 entzündeten Atombombe durch Indien hin und erklärte, da die Welt sich in Richtung einer nuklearen Plutoniumwirtschaft bewege, seien die beste-

henden Kontrollmassnahmen und Sicherheitsvorkehrungen auch im Rahmen des Atomsperrvertrages ungenügend. Im übrigen verfolge Kanada strikte eine Politik der Nicht-Diskriminierung.

3. Südliches Afrika

Herr Iselin kam einleitend auf die bevorstehenden von Südafrika im Alleingang veranstalteten und deshalb von der südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) boykottierten Wahlen in Namibia zu sprechen und meinte aus der Stimmbeteiligung könnten Rückschlüsse auf den Einfluss der SWAPO gemacht werden. Hingegen sei unklar, ob die von den UNO vorgeschlagenen Wahlen stattfinden. Würde der UNO-Sicherheitsrat allenfalls Sanktionen gegen Südafrika ergreifen? Nach unseren Informationen wären die USA, Grossbritannien und Frankreich nicht bereit, sich einem totalen Embargo gegen Südafrika anzuschliessen. Herr Iselin umschrieb danach die Haltung der Schweiz hinsichtlich Rhodesien und Südafrika.

Herr Goldschlag erklärte, Kanada habe versucht, nicht in afrikanischen Streitigkeiten intervenieren zu müssen. Die Grenzziehung in diesem Kontinent sei bekanntlich höchst willkürlich vollzogen worden; trotzdem werden die Staatsgrenzen allgemein als unverletzlich betrachtet, da sie oft die einzige Legitimierung einer afrikanischen Regierung darstellen.

Die Gruppe der fünf Westmächte bemüht sich für Südafrika eine möglichst gewaltlose Uebergangslösung zu finden. Deshalb sei es wichtig, wenigstens in Namibia, auf Grund der Resolution des Sicherheitsrates, einen reibungslosen Uebergang zu einer schwarzen Mehrheitsregierung zu garantieren. Die Aussichten schienen günstig, bis Südafrika unilaterale Wahlen in Namibia ankündigte. Immerhin hatte Pretoria versichert, die Auswirkungen der Wahlen auf ein Minimum reduzieren zu wollen. Sollte es doch zu UNO Sanktionen gegen Südafrika kommen, so bestehe die Gefahr, dass diese "ewig" verhängt bleiben würden, da die Sowjetunion deren Aufhebung durch ein Veto verhindern könnte.

Jedenfalls würde eine solche Massnahme erst erwogen nachdem die westlichen Bemühungen gescheitert sind, bzw. Südafrika die gewählte Regierung in Namibia anerkannt hat (die "internal solution"). In einem solchen Fall würde Kanada die Sanktionen unterstützen. Herr Goldschlag war der Ansicht, dass auch die USA dafür stimmen würden. Grossbritannien hätte die grössten Schwierigkeiten angesichts des intensiven Wirtschaftsverkehrs zwischen den beiden Ländern. Frankreich beginne, sich zu einer positiven Einstellung durchzuringen.

4. Mittlerer Osten

Herr Cuendet erkundigte sich nach den Friedensaussichten im Mittleren Osten. Er habe den Eindruck, die israelisch - ägyptischen Friedensverhandlungen befänden sich in der Schlussphase. Man könne jedenfalls in der arabischen Welt eine noch nie dagewesene Uebereinstimmung feststellen, zu einer endgültigen und friedlichen Regelung zu kommen. Ungelöst bleibe allerdings noch die Palästinafrage und der Status von Jerusalem.

Herr Goldschlag erwiderte, die Reise Sadats nach Jerusalem habe alle - inklusive die USA - völlig überrascht. Durch diesen Schachzug habe der ägyptische Präsident schlagartig die öffentliche Meinung, auch in den Vereinigten Staaten und teilweise sogar in Israel, zugunsten der arabischen Sache umstimmen können.

Solange und seit die Verteidigung Aegyptens bei den USA liegt, sei die Option eines Krieges mit Israel ausgeschlossen. Als einzige Alternative bleibe deshalb der umfassende Frieden. An eine Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen Aegypten und Israel bis zum 17. Dezember 1978 glaubte Herr Goldschlag nicht; er bleibe auf lange Sicht indessen optimistisch. Beide Staaten hätten sich in Camp David im Prinzip für den Frieden entschlossen. Präsident Carter habe sich persönlich sehr stark engagiert; einen völligen Abbruch der Friedensbemühungen könne er nicht tolerieren. Für Sadat ist ein Junktim zum Schicksal der Palästinenser nicht nur aus Rücksicht zu den andern arabischen

Staaten sondern auch aus historischer Sicht zur Rechtfertigung seiner Friedenspolitik wichtig.

Weniger günstig erschienen Herr Goldschlag die Perspektiven betreffend das Westufer; amerikanische Druckversuche auf Jordanien seien bisher nicht erfolgreich gewesen.

Saudiarabien dürfte auf lange Sicht Präsident Sadat unterstützen; die Machtergreifung eines Nasser liege kaum in seinem Interesse. Hingegen könne Saudiarabien niemals zulassen, dass Jerusalem ein Teil Israels wird.

Herr Iselin war überzeugt, dass die härtere Haltung Aegyptens - insbesondere was die Palästinafrage anbetrifft - auf Druck Saudi Arabiens zurückzuführen ist. Andererseits habe dieses Land am Gipfeltreffen von Bagdad mässigend gewirkt. Im übrigen können Bestrebungen Saudi Arabiens beobachtet werden, den USA gegenüber eine gewisse Distanz einzunehmen.

*

*

*

p.B.15.21.Can.(3) - TR/mt

Bern, 31. Januar 1979

VERTRAULICH

Besuch von Herrn Klaus Goldschlag, Vize-Unterstaatssekretär im
Kanadischen Aussenministerium, in Bern am Dienstag, den 5. Dez. 1978

Herr Botschafter,

Auf Einladung des Unterzeichneten weilte Herr Vize-Unterstaatssekretär K. Goldschlag zu einem Meinungsaustausch in Bern. Herr Goldschlag stattete Herrn Bundesrat Aubert und Herrn Botschafter Jolles einen Höflichkeitsbesuch ab. Auch pflegte er einen Gedankenaustausch mit Herr Generalsekretär Weitnauer.

In der Beilage übermitteln wir Ihnen die Aufzeichnung über die Gespräche.

Wir versichern Sie, Herr Botschafter, unserer vorzüglichen Hochachtung.

POLITISCHE ABTEILUNG I



(A. Hegner)



EIDGENOESSISCHES POLITISCHES DEPARTEMENT

Bern, 31. Januar 1979

p.B.15.21.Can.(3) - TR/mt

VERTRAULICH

- An alle Schweizerischen Botschaften
- An den ständigen Vertreter der Schweiz beim Europarat, Strassburg
- An die Schweizerische Mission bei den Europäischen Gemeinschaften, Brüssel
- An das Bureau des Schweizerischen Beobachters bei der Organisation der Vereinten Nationen, New York
- An die ständige Mission der Schweiz bei den internationalen Organisationen, Genf
- An den ständigen Vertreter der Schweiz bei der UNESCO, Paris
- An die Schweizerische Delegation bei der Europäischen Freihandels-Assoziation und der GATT, Genf

Kopie:

Herr Bundesrat Pierre AUBERT	Herr GLESTI
Herr Botschafter WEITNAUER	Herr RUEEGG
Herr Botschafter BINDSCHEDLER	Herr BOILLAT
Herr Botschafter DIEZ	Herr MORET
Herr Botschafter ISELIN	Herr RENK
Herr Botschafter HEGNER	Herr HEINIS
Frau Botschafter POMETTA	Herr VON ARX
Herr Botschafter HEIMO	Herr GREBER
Herr Botschafter CUENDET	Herr SALUZ
Herr Botschafter BRUNNER	
Herr Minister ZWAHLEN	
Herr Minister JACCARD	
Herr Minister BLANKART	TR/VP/CX/SI

Herr Botschafter JOLLES (HA)
 Herr Botschafter SOMMARUGA (HA)
 Herr LUGON (HA)
 Herr Oberst MARK (GGST, Op)